

MONITOR

NACHHALTIGKEIT NR. 3/2025

COP30: Allianzen, neue Klimafinanzierung und Brasiliens Balanceakt beim fossilen Ausstieg

Erste Klimakonferenz im Amazonas zwischen Aufbruch und Ernüchterung

Maximilian Hedrich, Anuska Soares, Nicole Linsenbold

- › Die COP30 brachte Fortschritte bei *Just Transition*, Anpassung, Klimafinanzierung und Genderpolitik. Gleichzeitig blieb sie beim zentralen Thema des fossilen Ausstiegs weit hinter den Erwartungen zurück, was die Grenzen des UN-Konsenssystems sichtbar machte.
- › Belém war eine der inklusivsten COPs, mit starker Beteiligung indigener Gemeinschaften, sozialer Bewegungen und junger Akteure. Die breite Mobilisierung kontrastierte jedoch deutlich mit der begrenzten Ambitions- und Ergebnisqualität der formalen Verhandlungen.
- › Gastgeber Brasilien agierte als Vermittler zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, verlor jedoch an Glaubwürdigkeit durch die eigene fossile Agenda.
- › Die historisch starke Präsenz fossiler und agrarischer Lobbys prägte die Verhandlungen merklich und trug zur Verwässerung zentraler Beschlüsse bei.
- › Brasilien muss seine Roadmaps zu fossilen Energien und Waldschutz nun in mehrheitsfähige Verhandlungsinstrumente übersetzen und Koalitionen des Globalen Südens weiter ausbauen.
- › Die EU steht vor der Aufgabe, ihre interne Klimaziellarchitektur zu stabilisieren, auch ohne Unterstützung der USA glaubwürdige internationale Partnerschaften zu stärken und die Rolle als wissenschaftsorientierte Brückenbauerin auszubauen.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Von der Rio-Konferenz bis zur COP30 | 3 |
| Warnung der Wissenschaft | 3 |
| Amazonas, Aktivismus, Einfluss: Belém verschiebt die Klimapolitik | 3 |
| Zentrale Stakeholder internationaler Klimapolitik und ihre „Schatten“ | 4 |
| USA und die COPs: erneut abwesend | 4 |
| Europas schwieriger Kurs vor und während der COP30 | 5 |
| Neue Allianzen um Gastgeber Brasilien | 5 |
| Neuheit in der Klimafinanzierung: Der <i>Tropical Forest Forever Fund</i> | 6 |
| Lobbyismus fossiler Industrien und Agrarsektor | 6 |
| Das Belém-Paket im Spiegel seiner Grenzen | 6 |
| Mechanismus für gerechte Transformation (Belém Action Mechanism, BAM) | 7 |
| Verdreifachung der globalen Anpassungsfinanzierung bis 2035 | 7 |
| Einführung von 59 freiwilligen globalen Anpassungsindikatoren | 7 |
| Start des <i>Tropical Forests Forever Fund</i> | 7 |
| „Mutirão“-Entscheidung | 7 |
| Zwei brasilianische Roadmaps | 7 |
| Fortschritt und verpasste Chance – Einordnung der Ergebnisse | 8 |
| Brasiliens Balanceakt | 9 |
| Europas begrenzter Einfluss | 9 |
| Schlussfolgerungen: Belém und die Grenzen des Multilateralismus | 10 |
| Quellen | 12 |
| Impressum | 14 |

Von der Rio-Konferenz bis zur COP30

Als weltweit größtes jährliches Forum zur Diskussion über die Klimakrise ging die COP30 Ende November 2025 zu Ende. Vertreterinnen und Vertreter aus aller Welt kamen zusammen, um Bilanz der bisherigen Klimapolitik zu ziehen und die nächsten Schritte im Rahmen des Pariser Abkommens von 2015 zu verhandeln.

Die Konferenz fand vom 10. bis 22. November 2025 in Belém, Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaats Pará, statt und kehrte damit symbolisch in jenes Land zurück, in dem bereits 1992 während der sogenannten „Eco-92“-Konferenz die Grundlage der globalen Klima-Governance gelegt worden war. Daraus gingen im Laufe der Jahre die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und die Operationalisierung des Prinzips der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ im multilateralen Klimaregime hervor.

Zehn Jahre nach Verabschiedung des Pariser Abkommens war die COP30 die erste Weltklimakonferenz im Amazonasgebiet – einem der größten und ökologisch bedeutendsten Ökosysteme der Erde. Damit rückte ein Gebiet ins Zentrum der Weltöffentlichkeit, das für die Stabilität des Erdklimas eine Schlüsselrolle spielt und zugleich zu den am stärksten von Klima- und Entwaldungsrisiken bedrohten Regionen gehört.

Der Klimawandel wurde in Belém vor dem Hintergrund eines geschwächten Multilateralismus, zunehmender Konflikte und konkurrierender Großmachtinteressen verhandelt – ein Kontext, in dem die Handlungsfähigkeit kollektiver Institutionen selbst zum Prüfstein wurde. UN-Generalsekretär António Guterres erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die Vereinten Nationen „in einer Zeit so vieler Krisen unverzichtbarer denn je“ seien. Entsprechend breit war die Agenda der COP30: von Emissionsminderung über Anpassung und Klimafinanzierung bis zur Energiewende, Schutz natürlicher Ökosysteme und Fragen globaler Klimagerechtigkeit.

Warnung der Wissenschaft

Die wissenschaftliche Gemeinschaft warnte vor und während der COP30 mit Nachdruck vor dem Herannahen möglicher Kippunkte im Erdsystem – mit weltweit spürbaren, aber sozial höchst ungleich verteilten Folgen. Besonders betroffen wären jene Länder und Bevölkerungsgruppen, die historisch am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben. Die 1,5-Grad-Grenze stand im Zentrum der Warnungen. Aktuelle Daten zeigen, dass die Erde dieser Marke bereits gefährlich nahegekommen ist. Ein dauerhaftes Überschreiten würde Extremwetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und Meeresspiegelanstieg deutlich verschärfen. Gleichzeitig verwiesen Forscherinnen und Forscher auf die eklatante Lücke in der Anpassungsfinanzierung. Sie sei entscheidend, um ärmere Länder gegen nicht mehr vermeidbare Schäden zu schützen.

Amazonas, Aktivismus, Einfluss: Belém verschiebt die Klimapolitik

Historisch wurden die COP-Verhandlungen bislang durch die Industrienationen dominiert. Die Durchführung der COP30 im Herzen Amazoniens veränderte die klimapolitischen Kräfteverhältnisse im multilateralen System spürbar. Belém stärkte die Sichtbarkeit der Regionen und Bevölkerungsgruppen, die besonders stark von den Folgen der Erderwärmung betroffen sind, und verstärkte die Verhandlungsmacht des sogenannten Globalen Südens. Die Austragung eröffnete dem Gastgeber Brasilien zugleich die Möglichkeit, seine Rolle als Führungsakteur in der internationalen Klimadiplomatie zu profilieren.

Ob die Entscheidung für Belém als Austragungsort strategisch klug war, wird in Brasilien wie in Europa kontrovers diskutiert. Symbolisch war die Konferenz hoch aufgeladen. Gleichzeitig stellten Anreise, Unterbringung und Infrastruktur hohe logistische Anforderungen, die insbesondere für kleinere Delegationen und zivilgesellschaftliche Akteure eine Barriere darstellten. Politisch ambivalent

wirkte zudem, dass die brasilianische Regierung einerseits den Schutz traditioneller Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund stellte, andererseits aber emissionsintensive Wirtschaftsinteressen unterstützte – etwa mit der Genehmigung zur Ölexploration an der Amazonas-Mündung.

Inhaltlich vertiefte die COP30 Debatten zur Klimafinanzierung, drängte auf Fortschritte beim Fonds für Verluste und Schäden (Loss and Damage) und bot eine sichtbare Plattform für indigene, traditionelle und lokale Gemeinschaften Amazoniens. Nach Jahren stark eingeschränkter Mobilisierung erreichten die Zivilgesellschaft, indigene Gruppen und traditionelle Bevölkerungen eine zuvor selten erreichte Sichtbarkeit.

Die „Cúpula dos Povos“ (*Peoples' Summit*) brachte 25.000 Menschen und über 1.000 Organisationen zu fünf Tagen Debatten, Seminaren, Workshops und Vernetzung an der Universität von Pará (UFPA) zusammen. Rund 3.000 indigene Vertreterinnen und Vertreter errichteten ein großes Camp und artikulierten ihre Forderungen sichtbar. Der „Global Climate March“ vereinte 70.000 Menschen unter dem Motto „A resposta somos nós!“ („Wir sind die Antwort!“).

Zentrale Stakeholder internationaler Klimapolitik und ihre „Schatten“

Insgesamt wurden rund 65.000 akkreditierte Teilnehmende registriert – davon mehr als 42.000 in der offiziellen „Blue Zone“. Trotz Hitze, Protesten, Brandereignissen und überlasteter Infrastruktur gilt die COP30 mit Blick auf Beteiligung und Repräsentativität als eine der demokratischsten und inklusivsten COPs überhaupt.

USA und die COPs: erneut abwesend

Die erneute Abwesenheit der amtierenden US-Administration bei einer COP hatte spürbare geopolitische Konsequenzen. Historisch führte jeder strategische Rückzug Washingtons aus der internationalen Klimapolitik zu weniger ambitionierten globalen Minderungszielen, abgeschwächter diplomatischer Druckausübung auf weitere große Emittenten und einer relativen Stärkung anderer Führungsakteure – zunächst Europas, später auch Chinas.

Die US-Rolle unterscheidet sich dabei in den beiden zentralen „Rückzugs-Momenten“. Unter Präsident George W. Bush unterzeichneten die USA zwar das Kyoto-Protokoll, der Präsident verweigerte jedoch die Ratifikation durch den Senat. De facto traten die USA dem ersten verbindlichen Minderungsabkommen nie bei. Die folgenden COPs verhandelten damit über eine Architektur, die den größten historischen Emittenten nur am Rande einband. Der Rückzug erfolgte in Form eines Nicht-Beitritts und schwächte das entstehende Regime bereits in seiner Aufbauphase. Unter Präsident Donald Trump vollzog sich der Rückzug anders: Die USA waren zentral an der Aushandlung des Pariser Abkommens beteiligt und traten ihm zunächst bei. 2017 kündigte die Regierung Trump jedoch den Austritt an, der 2020 formell wirksam wurde. In diesem Fall trat ein wichtiger Pfeiler des bereits in Kraft befindlichen Regimes nachträglich aus – ein politisches Signal, das die Verlässlichkeit amerikanischer Verpflichtungen insgesamt infrage stellte.

Auf der COP30 standen damit andere Akteure im Zentrum der Aufmerksamkeit: Brasilien als Gastgeber, die EU, das Vereinigte Königreich, Kolumbien sowie zahlreiche kleine Inselstaaten. Obwohl in der UN jede Stimme formal gleich zählt, verfügen diese Staaten über sehr unterschiedliche politische und ökonomische Hebel. Die Abwesenheit der USA hinterließ ein Machtvakuum, das die EU und China teilweise füllten, allerdings ohne über die umfassenden diplomatischen Instrumente Washingtons zu verfügen. Dies trug dazu bei, dass ambitionierte Beschlüsse – insbesondere zum fossilen Ausstieg – in Belém nicht durchgesetzt werden konnten.

Europas schwieriger Kurs vor und während der COP30

Für die Europäische Union begannen die Spannungen lange vor Belém. Über Monate rangen Mitgliedstaaten um ein neues Klimaziel für 2035. Mehrere Regierungen warnten vor wirtschaftlichen Belastungen, politischer Polarisierung und Wettbewerbsrisiken. Erst wenige Stunden vor Beginn der COP30 gelang ein Kompromiss zu überarbeiteten, national festgelegten Beiträgen (*Nationally Determined Contributions*, NDCs) – und verhinderte so ein politisches Debakel, das die Glaubwürdigkeit der EU in Belém massiv beschädigt hätte.

Die neuen NDCs gelten weiterhin als ambitioniert im internationalen Vergleich, bleiben aber hinter früheren europäischen Ankündigungen zurück. Vorgesehen ist eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2035 um 66,25 bis 72,5 Prozent gegenüber 1990. Obwohl rechtlich nicht verbindlich, gilt diese Spanne als politischer Referenzrahmen für die kommenden Jahre. Zahlreiche Europa-abgeordnete und Beobachter sprachen von einer „abgeschwächten Version“ der europäischen Ambitionen.

Unmittelbar vor Beginn der COP30 einigte sich die EU zudem auf ein verbindliches Ziel für 2040: minus 85 Prozent gegenüber 1990 – ergänzt um die Möglichkeit, 5 Prozent der Emissionen über internationale Zertifikate zu kompensieren. Der Weg zu diesem Beschluss war konfliktreich; mehrere osteuropäische Staaten lehnten die Zielschärfung ab oder enthielten sich, bevor eine qualifizierte Mehrheit erreicht wurde.

In Belém sah sich die EU – auch aufgrund der weitgehenden Abwesenheit der USA – in einer exponierten Rolle. Gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich und Kolumbien übernahm sie in zentralen Fragen die diplomatische Führung, insbesondere in Auseinandersetzungen mit großen fossilen Produzenten wie Saudi-Arabien, Teilen der OPEC-Staaten sowie in differenzierten Konstellationen mit Indien und China.

In den letzten Verhandlungstagen kulminierten die Konflikte um das zentrale Ergebnisdokument: den „Global Implementation Accelerator“. Mehrere erdölexportierende Staaten blockierten Formulierungen, die als politisches Signal für einen geordneten Ausstieg aus fossilen Energien verstanden worden wären. Teile der europäischen Delegation waren bereit, ein Scheitern der Konferenz in Kauf zu nehmen, um einen aus ihrer Sicht unzureichenden und verwässerten Text zu verhindern.

Der Wendepunkt kam in einem informellen, trilateralen Verhandlungsformat zwischen dem britischen Energieminister Ed Miliband, EU-Klimakommissar Wopke Hoekstra und dem saudischen Chefunterhändler Khalid Abuleif. Ergebnis war ein Kompromiss, der lediglich auf den „Konsens der COP28“ verweist, ohne eigenständige neue Verpflichtungen zur Abkehr von fossilen Energien zu verankern. Der finale Text bleibt freiwillig, politisch unverbindlich und verzichtet auf klare Zeitpfade.

In Brüssel wurde diese Konstellation ambivalent bewertet. Einerseits reklamierte die EU, gemeinsam mit Partnern einen völligen Rückfall hinter den Text von Dubai verhindert und zentrale Elemente des 1,5-Grad-Narrativs gesichert zu haben. Andererseits wurde deutlich, dass die EU an den Grenzen ihrer Hebel angekommen ist, wenn sie ohne die USA versucht, stark divergierende Interessen zu orchestrieren.

Neue Allianzen um Gastgeber Brasilien

Parallel entstanden neue Allianzen unter Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere zwischen Brasilien, Indien, Indonesien, Südafrika sowie Staaten Afrikas und Lateinamerikas. Diese Kooperation stärkte bestehende Gruppen wie G77+China, BASIC, CELAC und den Amazonas-Pakt. Explizites Ziel dieser Koalitionen – und von Brasiliens COP-Präsidentschaft – war es, die kollektive Verhandlungsmacht des sogenannten Globalen Südens zu erhöhen, sich gegen als „ungerecht“

empfundene Kompromisse zu positionieren und den Süden aus der Rolle des primär „Betroffenen“ in die eines aktiven Lösungsakteurs zu überführen. Dieses Ziel prägte sowohl die Rhetorik der brasilianischen Delegation als auch die Präsenz vieler zivilgesellschaftlicher Akteure aus dem Süden.

Neuheit in der Klimafinanzierung: Der *Tropical Forest Forever Fund*

Noch vor Beginn der COP30 präsentierte Präsident Lula in Belém den Fonds „Tropical Forests Forever“ (TFFF) – einen neuartigen Finanzierungsmechanismus, der Schutz und Erhaltung tropischer Wälder in über 70 Ländern unterstützen soll. Der Fonds soll rund 125 Milliarden US-Dollar aus dem Privatsektor mobilisieren, dieses Kapital in renditestarke Anlagen investieren und die Erträge an Länder auszahlen, die ihre Wälder intakt halten. Vorgesehen sind etwa vier US-Dollar pro erhaltendem Hektar und Jahr – im Unterschied zu REDD+ oder Emissionsmärkten, die primär vermiedene Emissionen vergüten.

Bereits in der ersten COP30-Woche verzeichnete der Fonds Zusagen in Höhe von 5,5 Milliarden US-Dollar, darunter von Norwegen, Frankreich, Indonesien und Brasilien selbst. Portugal kündigte eine symbolische Beteiligung an. Im Konferenzverlauf erklärte die deutsche Bundesregierung, über zehn Jahre eine Milliarde Euro beisteuern zu wollen. Damit sendet der TFFF ein wichtiges Signal: Wälder sollen nicht nur als Kohlenstoffspeicher, sondern als globale öffentliche Güter anerkannt werden, deren Erhalt finanziell honoriert wird. Zugleich polarisierte der Fonds zwischen Regierungen, Umweltorganisationen und Fachöffentlichkeit: Fragen nach Governance, Transparenz, langfristiger Risikoallokation und der tatsächlichen Wirksamkeit als Anreizmechanismus bleiben offen.

Lobbyismus fossiler Industrien und Agrarsektor

Wie schon bei früheren COPs war die fossile Industrie in Belém präsent – diesmal in historischer Größenordnung. Über 1.600 offiziell akkreditierte Vertreterinnen und Vertreter machten die COP30 zur Konferenz mit der bisher größten fossilen Lobbypräsenz: Statistisch betrachtet war etwa jede 25. Person auf dem Gelände direkt oder indirekt in Öl-, Gas- oder verwandten Industrien tätig.

Obwohl die Gesamtzahl der Delegierten (gut 40.000) unter der von Baku in 2024 lag (über 52.300), stieg der relative Anteil fossiler Lobbyakteure um 12 Prozent. Umweltorganisationen kritisierten dies als Beleg für den wachsenden Einfluss fossiler Unternehmen auf die internationalen Verhandlungen – und deuteten dies als eine mögliche Erklärung dafür, warum ambitionierte Formulierungen zum fossilen Ausstieg erneut scheiterten.

Der brasilianische Agrarsektor bewertete die COP30 als Erfolg. Vertreter der *Confederação da Agricultura e Pecuária do Brasil* (Verband der Landwirtschaft und Viehzucht Brasiliens-CNA) und großer Unternehmen betonten, der Sektor habe „endlich das Zentrum der Klimadebatte erreicht“. Ausschlaggebend war, dass das Thema „Landnutzung“ erstmals zu den Kernbereichen der Verhandlungen zählte. Die einflussreiche Agrarlobby nutzte die Gelegenheit, um ihre Rolle als Teil der Lösung – etwa durch „klimaintelligente Landwirtschaft“ – hervorzuheben, während Kritiker auf fortbestehende Praktiken der Entwaldung und hohe Emissionen verwiesen. Die starke Präsenz fossiler und agrarischer Interessen wirkte sich laut Beobachtungen auf die Ergebnisqualität aus.

Das Belém-Paket im Spiegel seiner Grenzen

Die COP30 endete am 22. November – einen Tag später als geplant – mit 29 im Konsens angenommenen Beschlüssen. Zusammen bilden sie das sogenannte „Belém-Paket“, das in mehreren Bereichen substanzielle, wenn auch nicht transformative Fortschritte beinhaltet: Anpassung, Klimafinanzierung, gerechte Transformation und Rechte indigener Völker.

Zu den zentralen Elementen zählen:

Mechanismus für gerechte Transformation (Belém Action Mechanism, BAM)

Erstmals wurde ein dauerhafter institutioneller Rahmen geschaffen, um Länder des sogenannten Globalen Südens beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu unterstützen – ohne Arbeiterinnen, Arbeiter und vulnerable Gemeinschaften zurückzulassen. Der BAM soll nationale Just-Transition-Strategien bündeln, Wissensaustausch fördern und Finanzierung mobilisieren. Für Brasilien war der Mechanismus ein Schlüsselprojekt, mit dem das Land seine Position als Brückenbauer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stärken wollte.

Verdreifachung der globalen Anpassungsfinanzierung bis 2035

Die COP30 setzte ein politisches Signal zur Ausweitung der Anpassungsfinanzierung: Bis 2035 soll sie global verdreifacht werden. Die Zusage trägt der Erkenntnis Rechnung, dass Klimafolgen bereits heute massiv spürbar sind. Konkrete Beträge und Finanzierungszusagen, Verteilungsmechanismen und die Rolle privater Mittel wurden jedoch auf spätere Konferenzen vertagt. Allerdings fehlen konkrete Zahlen, eine Aufschlüsselung der Beiträge und ein klarer Umsetzungsplan. Dies ist ein zentraler Grund dafür, dass viele Regierungen und Organisationen das Ergebnis als „unterhalb des Notwendigen“ einstufen.

Einführung von 59 freiwilligen globalen Anpassungsindikatoren

Sie umfassen Sektoren wie Wasser, Gesundheit, Infrastruktur und Landwirtschaft und sollen als gemeinsamer Bezugsrahmen für nationale Anpassungsstrategien dienen. Ihre Freiwilligkeit lässt jedoch offen, in welchem Ausmaß sie tatsächlich genutzt werden – ein weiterer Ausdruck begrenzter Verbindlichkeit.

Start des *Tropical Forests Forever Fund*

Mit über 6,7 Milliarden US-Dollar mobilisierten Mitteln zum Ende der Konferenz setzte der Fonds ein starkes Signal zugunsten tropischer Wälder, bleibt aber hinsichtlich Governance und langfristiger Wirkung umstritten.

„Mutirão“-Entscheidung

Mit der sogenannten „Mutirão“-Entscheidung – „mutirão“ bezeichnet im brasilianischen Portugiesisch eine Form gemeinschaftlicher, solidarischer Arbeitsaktion – wird die Umsetzung bestehender Verpflichtungen in den Mittelpunkt gerückt. Über Instrumente wie den *Global Implementation Accelerator* und die *Belém Mission to 1.5* soll der Fokus von der Formulierung neuer Ziele auf deren konkrete Umsetzung verschoben werden.

Zwei brasilianische Roadmaps

Brasilien legte zwei Roadmaps vor: eine zur Rolle der Wälder und eine zum Übergang von fossilen Energien. Zwar wurden sie nicht Bestandteil des verbindlichen Vertragstextes, sollen aber im verbleibenden Jahr der brasilianischen COP-Präsidentschaft weiterentwickelt und bis zur nächsten Konferenz 2026 in konkrete Verhandlungsformate überführt werden.

Politisch bemerkenswert ist zudem, dass die Rechte indigener Völker explizit als Bestandteil der globalen Klimastrategie anerkannt wurden und der Weg geöffnet wurde, stärker über die Rolle des internationalen Handels in der Klimapolitik zu verhandeln. Gleichzeitig blieb die zentrale Streitfrage ungelöst: Ein globaler Ausstiegsplan für fossile Energien fehlt weiterhin. Dies ist maßgeblich dem Widerstand großer Erdölproduzenten – unterstützt von mehreren afrikanischen Staaten – geschuldet, aber auch Ausdruck begrenzter Hebel der EU und der brasilianischen Präsidentschaft.

Verabschiedung des Belém Gender Action Plan

Der Plan stärkt insbesondere die Rolle indigener und ländlicher Frauen sowie derer mit afrikanischer Herkunft in der Klimapolitik.

Er sieht unter anderem vor:

- › ihre formale Beteiligung in nationalen und internationalen Entscheidungsprozessen zu erhöhen,
- › gezielte Kapazitätsaufbau-Programme und Trainings zu finanzieren,
- › den Zugang zu Klimafinanzierung, Technologie und Informationen für Frauenorganisationen zu verbessern und
- › die Erhebung geschlechterspezifischer Daten in Klimaplanung und -monitoring zu verankern.

Damit verknüpft der Plan Geschlechtergerechtigkeit mit Fragen von Macht, Rechten und Ressourcenzugang und stärkt jene Gruppen, die im Zentrum der Klimarisiken, aber oft am Rand der Entscheidungsprozesse stehen.

Fortschritt und verpasste Chance – Einordnung der Ergebnisse

In Summe wird das Belém-Paket von vielen Akteuren als Mischung aus wichtigen inkrementellen Fortschritten und verpassten Chancen bewertet. Fortschritte bei der Klimafinanzierung, *Just Transition*, Anpassung und Geschlechtergerechtigkeit sind unbestreitbar. Auch die strukturelle Stärkung indigener Rechte und die neue Aufmerksamkeit für internationale Handelsfragen markieren relevante Entwicklungsschritte. Bemerkenswert war, dass die begrenzten diplomatischen Fortschritte im formalen Verhandlungsprozess mit einer außergewöhnlich starken gesellschaftlichen Mobilisierung kontrastierten.

Mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisierten in Belém die fehlende Einigung auf einen klaren globalen Ausstiegspfad aus fossilen Energien. In einem offenen Brief, der in der Blue Zone zirkulierte, bezeichneten sie die Streichung konkreter Formulierungen zu fossilen Energieträgern und Entwaldung aus dem Abschlusstext als „Verrat an der Wissenschaft“: Ein „Roadmap“-Prozess dürfe nicht als loses Gesprächsformat angelegt sein, sondern müsse verbindliche Meilensteine und Instrumente definieren. Gleichzeitig verfehlte die COP30 auch die Erwartungen vieler Staaten, Städte, Unternehmen und zivilgesellschaftlicher Gruppen, die auf eine klare Roadmap zum fossilen Ausstieg und verbindliche Anpassungsziele gehofft hatten.

Insbesondere mit Blick auf die Geschwindigkeit der notwendigen Transformation erklärten viele wissenschaftliche Stimmen die auf der COP30 beschlossene Absicht, die Anpassungsfinanzierung bis 2035 zu verdreifachen, für „wichtig, aber unzureichend“, da sie vage bleibt und wesentliche Fragen – wer wie viel über welche Kanäle zahlt – vertagt wurden.

Die Gründe für die ausbleibenden Ambitionssteigerungen sind vielfältig:

- › die Abwesenheit US-amerikanischer Regierungsvertreter als zentraler Hebel in der Diplomatie,
- › eine starke koordinierte Front fossiler Produzenten und Exporteure,
- › innenpolitische Zwänge und wirtschaftliche Sorgen vieler Länder,
- › das wachsende Gewicht fossiler und agrarischer Lobbys im Verhandlungsprozess und

- › die strukturelle Komplexität, in einem Konsenssystem jede Formulierung gegen ein mögliches Veto abzusichern.

Vor diesem Hintergrund erscheint Belém vielen Beobachtern als Spiegel der „Grenzen des Multilateralismus“: Die COP bleibt handlungsfähig, aber sie erreicht nicht das benötigte Tempo, das die wissenschaftlichen Befunde nahelegen.

Brasiliens Balanceakt

Brasilien agierte in Belém in einer doppelten Rolle: als Gastgeber und Prozessmoderator, aber auch als interessengeleiteter Staat mit eigener fossiler und agrarischer Agenda. Die Regierung setzte sichtbare Akzente – etwa durch den BAM, den TFFF, die Roadmaps und die starke Einbindung indigener Perspektiven. Im Verlauf der Verhandlungen bemühte sich Brasilien wiederholt, zwischen Industrieländern und sich entwickelnden Ländern zu vermitteln.

Gleichzeitig stieß die Ambivalenz der brasilianischen Politik – ambitionierte internationale Rhetorik bei gleichzeitiger Öffnung neuer fossiler Fronten – auf Kritik. Dies begrenzte die Glaubwürdigkeit Brasiliens in Auseinandersetzungen mit klassischen fossilen Produzenten.

Die Gründe für die ausbleibenden Ambitionssteigerungen sind vielfältig. Für die verbleibende Zeit seiner COP-Präsidentschaft wird Brasilien nun an zwei Bereichen arbeiten müssen:

1. An der Ausarbeitung der Roadmaps zu fossilem Ausstieg und Entwaldungsstopp
2. An der Bündelung der im BAM (*Belém Gender Action Plan*) und im TFFF angelegten Initiativen zu einem kohärenten Erzählstrang, der auch für die nächste COP mobilisierend wirkt.

Die Erfahrungen von Belém legen nahe, dass Brasilien stärker in Koalitionen mit afrikanischen und asiatischen Staaten investieren muss, um Blockadekoalitionen fossiler Produzenten aufzubrechen, und dass die Glaubwürdigkeit der eigenen Klimapolitik – etwa bei der Ölpolitik an der Amazonas-Mündung – zur entscheidenden Währung in künftigen Verhandlungen wird.

Die Nachberichterstattung in Brasilien würdigte Belém mehrheitlich als „historische“ und „inklusive“ COP, kritisierte aber zugleich die begrenzte Ergebnisqualität – insbesondere das Ausbleiben eines klaren Ausstiegsplans aus fossilen Energien. Die Regierung betonte ihre Rolle bei der Schaffung neuer Finanzierungs- und Governance-Instrumente und präsentierte die COP30 als Beleg für die Rückkehr Brasiliens auf die Bühne verantwortlicher Klimadiplomatie. Zivilgesellschaftliche Organisationen hoben demgegenüber die Widersprüche zwischen ambitionierter Rhetorik und Entscheidungen im fossilen und agrarischen Sektor hervor.

Europas begrenzter Einfluss

Die EU wiederum war Schlüsselfaktor bei der Vermeidung eines Scheiterns. Gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich, Verbündeten aus Lateinamerika und den Inselstaaten drängte sie auf ambitioniertere Formulierungen. Am Ende verteidigte sie zumindest den bestehenden Konsens von Dubai, konnte aber keine neue Qualität der Verbindlichkeit erreichen.

Für die zukünftige EU-Klimapolitik lassen sich aus Belém mehrere Schlüsse ziehen:

- › Die EU bleibt ein normativer Taktgeber, kann aber ambitionierte Ziele nur durchsetzen, wenn innere Geschlossenheit und externe Koalitionsbildung ineinandergreifen.

- › Sie wird ihre Rolle als „Anwältin der Wissenschaft“ in den Verhandlungen nur dann glaubwürdig behaupten können, wenn sie innenpolitische Zielkonflikte (Industriepolitik, soziale Gerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit) produktiv bearbeitet. Die Debatten um „Klimamüdigkeit“ und Wettbewerbsfähigkeit werden die Ausgestaltung des europäischen *Green Deal* und des ihn ergänzenden *Clean Industrial Deal* in den nächsten Jahren prägen.
- › Die EU muss ihre Rolle als Brückenbauerin zum sogenannten Globalen Süden verstärken und ihre Klimadiplomatie deutlicher mit Angeboten – insbesondere in Fragen der Klimafinanzierung, technologischer Kooperation und Anpassung – unterfüttern, um das Vertrauen in ihre Führung zu stärken und zu verhindern, dass fossile Produzenten und Teile der Schwellenländer gemeinsame Blockadekoalitionen formen.
- › Schließlich zeigt Belém, dass die EU ihre Erwartungen an das COP-Format realistisch justieren und parallel in kleineren, themenspezifischen Koalitionen („Clubs“) vorangehen muss, ohne die UN-Prozesse zu ersetzen.

In europäischen Medien überwog eine nüchterne, teilweise ernüchterte Bewertung. Berichte charakterisierten das Ergebnis oft als „gerade noch akzeptablen Kompromiss“, der eine völlige Blockade vermied, aber hinter den Anforderungen der 1,5-Grad-Grenze zurückblieb. Aus EU-Sicht wurde positiv hervorgehoben, dass zentrale Elemente des Pariser Abkommens – etwa die Rolle der Wissenschaft, die Notwendigkeit erhöhter Klimafinanzierung und die Anerkennung indigener Rechte – bestätigt und ausgebaut wurden. Gleichzeitig kritisierten Beobachter die fehlende Verbindlichkeit beim fossilen Ausstieg und die Unschärfe bei vielen Zusagen.

Schlussfolgerungen: Belém und die Grenzen des Multilateralismus

Die Bilanz der COP30 ist ambivalent: Aus wissenschaftlicher Perspektive bleibt sie weit hinter dem Erforderlichen zurück. Der Historiker Luiz Marques erinnerte daran, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre trotz inzwischen 30 abgehaltener COPs weiter steigt: Von 1,5 ppm (Teile pro Million) jährlichem Zuwachs seit 1991 auf bereits 3,7 ppm in 2024. Dies wird als dramatisch schneller Wandel betrachtet – und als deutlicher Hinweis auf das Scheitern der bisherigen globalen Governance, die Emissionen in ausreichendem Maße zu senken.

Gleichzeitig brachte die COP30 wichtige Fortschritte – vor allem in Fragen der Demokratisierung und der Einbindung gesellschaftlicher Gruppen. Sie war eine der partizipativsten COPs der Geschichte, mit starker Präsenz indigener Gemeinschaften, junger Menschen, sozialer Bewegungen und lokaler Organisationen. Belém stellte den Multilateralismus in einer Phase schwerer geopolitischer Spannungen auf eine zentrale Probe – und zeigte, dass kollektive Handlungsfähigkeit noch vorhanden ist, wenn auch limitiert.

Ob die COP als Format noch zeitgemäß ist, bleibt eine offene Frage. Belém macht deutlich, dass die COP-Verhandlungen allein nicht ausreichen werden, um die Transformation im notwendigen Tempo voranzutreiben. Zugleich bleibt das Format ein wichtiger Ort, um gemeinsame Referenzrahmen, Mindeststandards und Transparenz herzustellen – und um gesellschaftliche Mobilisierung sichtbar zu machen.

Brasilien und die EU werden in den kommenden Monaten eine Schlüsselrolle haben, um aus den Erfahrungen von Belém politische Lehren zu ziehen:

- › **Brasilien**, indem es seine Präsidentschaft nutzt, um Roadmaps in konkrete, mehrheitsfähige Vorschläge zu übersetzen und Koalitionen für einen sozial ausgewogenen fossilen Ausstieg zu schmieden.
- › **Die EU**, indem sie ihre interne Klimapolitik stabilisiert, ihre globale Handlungsfähigkeit stärkt und ihre Rolle als Brückenakteur zum sogenannten Globalen Süden ernst nimmt.

Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die COP30 als Wendepunkt – hin zu einer sozial inklusiven, aber auch effektiveren Klima-Governance – oder als verpasste Gelegenheit in Erinnerung bleibt. In jedem Fall hat Belém die Grenzen des Multilateralismus sichtbar gemacht und zugleich Optionen aufgezeigt, wie sie verschoben werden könnten.

Quellen

ONU Brasil – Declaração de António Guterres

<https://brasil.un.org/pt-br/292230-guterres-neste-momento-de-crise-na%C3%A7%C3%B5es-unidas-nunca-foram-t%C3%A3o-essenciais>

Ministério do Meio Ambiente e Mudança do Clima – Fundo Florestas Tropicais para Sempre (TFFF)

<https://www.gov.br/mma/pt-br/assuntos/noticias/governo-lanca-fundo-florestas-tropicais-para-sempre>

Governo Federal – Sínteses, discursos e materiais da COP30

<https://www.gov.br/pt-br/noticias/cop-30>

POLITICO – How the EU banished its climate demons and salvaged a weak COP30 deal

<https://www.politico.eu/article/eu-climate-negotiation-cop30-brazil-belém>

POLITICO – Deal or ‘meh’ deal? Climate summit ends on a deflating note

<https://www.politico.eu/article/united-nations-cop30-climate-summit-belém>

POLITICO – EU countries agree weakened 2040 climate goal and target for COP30

<https://www.politico.eu/article/eu-weakened-2040-climate-goal-cop30>

POLITICO – EU ministers close to deal on watering down 2040 climate target

<https://www.politico.eu/article/eu-environment-ministers-2040-climate-target>

The Guardian – ‘Fossil fuel giants finally in the crosshairs’: COP30 avoids total failure with last-ditch deal

ODI – COP30: What’s the verdict?

<https://odi.org/en/insights/cop30-whats-the-verdict>

European Commission – EU secures agreement on a global response to keep 1.5°C alive

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_6211

Observatório do Clima – Número de lobistas fósseis na COP30 supera delegações de todos os países, exceto Brasil

<https://oc.eco.br/numero-de-lobistas-fosseis-na-cop30>

INESC – COP30 termina com resultado abaixo do necessário

<https://www.inesc.org.br/cop30-resultado-abaixo-do-necessario>

Escola Politécnica de Saúde Joaquim Venâncio – “As COPs são um fracasso retumbante”

<https://www.epsjv.fiocruz.br/noticias/cop30-entrevista>

BBC News Brasil – COP30: os quatro pontos que definiram a conferência do clima

<https://www.bbc.com/portuguese/articles/cy7261zxrejo>

SUMAÚMA – Como foi o último dia da COP30

<https://sumauma.com/cop30-ultimo-dia>

Folha de S. Paulo – COP30 registra 56 mil inscritos, 10 mil a menos que 2024

<https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/2025/11/cop30-registra-56-mil-inscritos.shtml>

O Globo – Brasil busca protagonismo, mas COP30 termina sem grandes avanços

<https://oglobo.globo.com/brasil/meio-ambiente/noticia/2025/11/brasil-protagonismo-cop30-pou-cos-avancos.ghtml>

Valor Econômico – Setor do agronegócio comemora avanços na pauta de uso do solo

<https://valor.globo.com/brasil/noticia/2025/11/21/agronegocio-cop30.ghtml>

Estadão – COP30 frustra expectativas sobre saída dos combustíveis fósseis

<https://www.estadao.com.br/sustentabilidade/cop30-frustra-expectativas>

Der Spiegel – EU sieht gemischte Bilanz nach zäher COP30 in Belém

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/cop30-eu-gemischte-bilanz>

Frankfurter Allgemeine Zeitung – Warum Belém nicht zum Wendepunkt wurde

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/cop30-bewertung-der-eu>

Deutsche Welle – COP30: Zwischen Fortschritt und Enttäuschung

<https://www.dw.com/de/cop30-zwischen-fortschritt-und-entt%C3%A4uschung/a-70891234>

Le Monde – La COP30 tourne court malgré une mobilisation inédite

<https://www.lemonde.fr/planete/article/2025/11/23/cop30-bilan>

Euractiv – EU claims leadership but struggles to secure ambition at COP30

<https://www.euractiv.com/section/climate-environment/news/eu-at-cop30-ambition>

Global Carbon Project – Global Carbon Budget 2024

<https://globalcarbonproject.org/carbonbudget>

IPCC AR6 – Synthesebericht

<https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr>

Brazil Panel on Climate Change – Emerging risks for the Amazon Basin

<https://www.pbmc.coppe.ufrj.br/en>

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Maximilian Hedrich leitet das Auslandsbüro der KAS in Brasilien mit Sitz in Rio de Janeiro.

Anuska Soares ist Projektkoordinatorin im Auslandsbüro der KAS in Brasilien.

Nicole Linsenbold ist Programmmanagerin beim Regionalprogramm „Multinationaler Entwicklungsdialoq“ mit Sitz in Brüssel.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Koordination der Publikationsreihe:

Gisela Elsner

Referentin Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik

Abteilung Globale Ressourcen und Nachhaltigkeit

Hauptabteilung Analyse und Beratung

gisela.elsner@kas.de

T +49 30 / 26 996-3759

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gestaltung: yellow too Pasiek & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)